

973 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für soziale Angelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Juni 1973,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die  
Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen geändert  
wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sollen jene Bestimmungen im Bundesgesetz über die Gewährung  
von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, in denen auf Be-  
stimmungen des ASVG verwiesen wird, an die 29. Novelle zum ASVG  
angepaßt werden.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten hat die gegen-  
ständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. Juni 1973 in  
Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause  
zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale  
Angelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Juni 1973,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die  
Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen geändert  
wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 26. Juni 1973

Wanda Brunner  
Berichterstatter

Hofmann-Wellenhof  
Obmannstellvertreter